

presse

Praktika: Koalition ignoriert Sachverständige

Zur Ablehnung des SPD-Antrages "Für Fairness beim Berufseinstieg Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen stärken" durch die Regierungskoalition erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Die Regierungskoalition lehnt kategorisch alle rechtlichen Regelungen zum besseren Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten vor unfairen Praktika ab. Und das trotz des Votums der Sachverständigen in der Anhörung des Bildungsausschusses, die deutlich gemacht haben, dass viele Praktikantinnen und Praktikanten ausgenutzt werden und darum gesetzliche Verbesserungen sinnvoll sind.

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion enthält Forderungen vor allem nach einer klareren rechtlichen Definition von Praktika als Lernverhältnisse, einer angemessenen Vergütung, schriftlichen Arbeitsverträgen und einer Beweislastumkehr im Streitfall.

CDU/CSU und FDP haben nicht nur alle Vorschläge der Opposition abgelehnt. Sie machen auch keinerlei eigene Vorschläge. Damit ignorieren sie die Sachverständigen und zeigen den Praktikantinnen und Praktikanten die kalte Schulter.